

Spangenberg Zeitung.

Zeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Preis pro Nr. 127

Abonnementpreis pro Monat 0.90 RM. Frei
post. Der halbjährliche Preis 4.50 RM. Der jährliche Preis 8.40 RM.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenerfolg geleistet.



Telegr. Nr.: 31211

Die Millimeter-Anzeigen-Zeile kostet bei 40 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig
Geldstücke und Vereins-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Mindestpreis
für Anzeigen im Textteil beträgt bei 40 mm Spaltenbreite 12 Reichs-
pfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der am 1. Januar
1934 gültigen Preissliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstag bis
9 Uhr vormittags.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Hauptgeschäftsführer und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 112

Samstag, den 16. September 1934

27. Jahrgang.

Genfer Sturm auf gegen Polen

Die Großmächte in Sorge um die Friedensdiktate / Simon und Barthou warnen

Polen gegen Genf

Daß bevor man sich in Genf über die Frage der Ein-
führung der Aufnahme Sowjetrußlands in den Völker-
bund einig werden konnte, hat die Genfer Atmosphäre durch
den polnischen Vorstoß in der Minderheitenfrage eine weitere
Veränderung erfahren. Dieser Vorstoß kam ebenso über-
raschend, wie er in seiner Form schroff und scheinbar un-
erwartet vorgetragen wurde. Der Sinn des polnischen
Vorstoßes ist nicht mehr und nicht weniger, als daß Polen
den Minderheitenschutzvertrag für sich als nicht mehr be-
stehend erklärt. Der polnische Außenminister hat ausdrücklich
sich auf dem polnischen Verhalten gegenüber
den Minderheiten nichts ändert, daß es es aber ablehnt,
den Minderheitenschutz in Zukunft weiterhin der Kontrolle
des Völkerbundes zu unterstellen. Nur wenn die Minder-
heitsbestimmungen für alle Völkerbundstaaten bin-
dend sein werden, ist es bereit, sich fernerhin an diese
Bestimmungen zu halten.

Erregte dieser Vorstoß schon in Genf stärkstes Auf-
sehen, so noch mehr in den Hauptstädten Paris, London
und Rom. In Paris glaubt man, in dem polnischen Vorstoß
den unmittelbaren Angriff auf Frankreich erblicken zu müs-
sen. Die polnische Erklärung ausdrücklich feststellend, daß die
polnischen Minderheitenabmachungen von dem pol-
nischen Verhalten nicht berührt würden. Besonders empfind-
lich ist man in Paris darüber, daß Polen diesen Schritt
ohne vorherige Verständigung mit Paris unternimmt
und damit zugleich gegen die in Versailles geschlossenen Ver-
einbarungen verstößt. Man sieht in dem polnischen
Verhalten eine willkürliche Veränderung des Versailles-
Vertrages, der, wie man in der französischen Presse hervorhebt,
die Grundlage für den polnischen Staat, und zwar ge-
wisse Grund der Minderheitenschutzverträge geschaffen
hat. In der englischen Presse sieht man das polnische
Verhalten weitestgehend ruhiger an, obwohl man auch hier ge-
wisse Bedenken über die weitere Entwicklung der Dinge zum
Ausdruck bringt.

Man wird zugeben müssen, daß die Polen den Zeit-
punkt für ihren Vorstoß gegen den Völkerbund gut gewählt
haben. Jetzt, wo man in Genf alles versucht, um den Ein-
tritt Rußlands in den Völkerbund zu erreichen, wo es ge-
eignetsten auf jede Stimme ankommt, konnte es sich der
polnische Außenminister leisten, mit der Faust auf den Tisch
zu schlagen. Denn er weiß, daß sich die Völkerbundsmächte
nicht werden, ihn auch nur mit der Andeutung von Ge-
walt entgegenzutreten. Man braucht davor die Eingetrag-
enheit des Völkerbundes, braucht also die Zustimmung Polens.

An Völkerbundsreisen ist man sich vollkommen dar-
über klar, daß der polnische Vorstoß in der Minderheiten-
frage sich zu einer sehr ersten Krise für den Völkerbund
auswirken kann. Denn zu den Hauptaufgaben des
Völkerbundes gehört der Schutz der Minderheiten, der nicht
ohne seine Befriedigung gefunden hat, daß eine Reihe
von Staaten den Minderheitenschutzverpflichtungen un-
genügt wurde, während andere Großstaaten mit stark ge-
richteter Völkervereinigung von diesen Verpflichtungen
ausgenommen wurden. Man hat damals vielleicht
glaubt, daß diese einseitige Minderheiten-Regelung
einem Krisenherd für den Völkerbund werden könnte.
Tatsächlich hat sich bekanntlich nicht nur durch mündliche Er-
klärungen sondern durch gesetzliche Maßnahmen im Sinne
des Minderheitenschutzes eingestellt.

In allen Minderheitenkreisen wird das Verlangen ho-
ch nach allgemein verbindlicher Anwendung des Minder-
heitenschutzes für alle Staaten Europas begrüßt werden.
Denn bisher war außer in Deutschland von einem
Minderheitenschutz im Sinne des Völkerbundsgedankens
etwas zu hören, am allerwenigsten in den Staaten,
denen Minderheiten der Betreuung des Völkerbundes unter-
stellt sind. Ganz frisch tritt das z. B. jetzt in Litauen zu-
utage, wo der litauische Staat geradezu gegen die Rechte des
polnischen Minderheitens wütet. Die Lage der Minderheiten in der
Balkanhalbinsel, in Rumänien läßt hierin viel zu wünschen
lassen. Die jetzige Erklärung Polens läßt vielleicht die Hoff-
nung zu, daß die deutsche Minderheit des polnischen Staates
in Zukunft der Freiheit wird erfreuen dürfen, um die
sie meist erfolglos gekämpft hat. Schließlich muß
noch auf die Minderheiten in Italien hingewiesen wer-
den, die völlig rechtlos dastehen, weil Italien einen Minder-
heitenschutz nicht gelten läßt.

Die Hoffnungen, die die Minderheiten in den einzelnen
Staaten an den polnischen Antrag knüpfen, gehen von
einem Gesichtspunkt aus, daß der Völkerbund jetzt sich einbe-
deutend entscheiden muß, wie er in Zukunft den Schutz
der Minderheiten ausüben gedenkt. Deutschland hat bei
den Völkerbundsmächten rücksichtslos auf das völlige Verlegen
des Völkerbundes in der Minderheitenfrage hingewiesen und
gezeigt, die gegangen werden müßten, um zu einer

Regelung dieses großen Problems zu kommen, von der das
Schicksal von 40 Millionen Menschen in Europa abhängt.
Der jetzige Vorstoß der führenden Mächte im Völkerbund,
Polen zur Zurückziehung seines Antrages zu veranlassen,
läßt aber bereits befürchten, daß der Völkerbund wie in frü-
heren Zeiten so auch jetzt in dieser wichtigen Frage verlagert
wird.

Polen im Angriff

Scharfer Vorstoß in der Minderheitenfrage.

Genf, 14. September.

Der polnische Außenminister Beck hat in einer aufsehen-
erregenden Rede vor der Vollversammlung des Völkerbundes
die praktische Mitwirkung Polens an der Durchführung sei-
ner internationalen Minderheitenschutzverpflichtungen vom
geltenden Tage ab gefordert. Polen habe in seinem Antrag
an die Völkerbundversammlung die Verallgemeinerung die-
ser Verpflichtungen verlangt, und es habe an dieser Forder-
ung fest und erwartete eine klare und deutliche Antwort.

Wenn die Antwort politisch sei, so werde es an der Aus-
arbeitung der Bestimmungen für ein allgemeines Minder-
heitenschutzabkommen mitarbeiten, wobei die polnische Regierung
es für selbstverständlich halte, daß dabei die besonderen Be-
dingungen der anderen Erdteile berücksichtigt werden. Aller-
dings habe er den Eindruck gewonnen, daß sich bei der
Mehrzahl der Regierungen die ablehnende Haltung gegen-
über dem polnischen Antrag, die schon im vergangenen Jahre
zu einer Zurückweisung der polnischen Forderungen geführt
habe, nicht ändern werde. Bei dieser Lage habe er noch
folgendes zu erklären:

„An Erwartung der Intactierung eines allgemeinen
und gleichartigen Systems des Minderheitenschutzes hielt ich
meine Regierung veranlaßt, von heute ab jede Zusammen-
arbeit mit den internationalen Organisationen abzulehnen,
soweit sie die Kontrolle der Durchführung des Minderheitens-
chutzes durch Polen betrifft.“

Beck fügte hinzu, daß die Entscheidung der polnischen
Regierung nicht gegen die Interessen der Minderheiten ge-
richtet sei. Diese Interessen blieben weiter durch die grund-
legenden Gesetze Polens geschützt, durch Gesetze, die den Min-
derheiten der Sprache, der Rasse und der Religion freie Ent-
wicklung und gleichberechtigte Behandlung zusicherten. Es
würde sich auch nichts an der wirtschaftlichen Lage der Min-
derheiten ändern.

In längeren Ausführungen zeigte Beck auseinander, daß
Polen den nur einigen Staaten einseitig auferlegten Minder-
heitenschutz als eine Ungerechtigkeit und Diskriminierung be-
trachte, die weder mit der Gleichberechtigung aller Mitglie-
der im Völkerbund noch mit der demokratischen Verfassung
des Bundes im Einklang läge.

Der Minderheitenschutz sei außerdem durchaus nichts
Einseitiges und Ganzes sondern willkürlich und zufällig,
da ganz und dort teilweise und an anderer Stelle wieder
überhaupt nicht angewandt. Bei manchen Staaten habe man
sich mit ganz einfachen Erklärungen begnügt, und anderen
erlasse man sogar beim Eintritt in den Völkerbund diese Er-
klärungen, welches auch immer die Lage der Minderheiten
auf ihrem Gebiete sei.

Im übrigen habe sich die Anwendung der bisherigen
Minderheitenschutzgesetze als völlig enttäuschend gezeigt. Sie
habe den Minderheiten selbst nichts genützt, aber als Mittel
für eine herabsetzende Propaganda gegen diejenigen Staa-
ten gedient, die ihnen unterworfen waren, und außerdem
noch als politisches Druckmittel, das von Staaten angewandt
wurde, die, ohne selbst durch diese Verträge gebunden zu
sein, das Recht für sich in Anspruch nahmen, an ihrer Kon-
trolle teilzunehmen.

Es handle sich jetzt darum — und nach dieser Richtung
richte er einen Appell an die Versammlung — die früher
begangenen Fehler zu beseitigen und eine dauerhafte, klare
und gleichförmige Grundlage zu schaffen, auf der das Sys-
tem des internationalen Minderheitenschutzes in einer end-
gültigen und haltbaren Art errichtet werden könne.

Warschau unter Druck

Die Völkerbundsgewaltigen beschwören Polen

In der Vollversammlung des Völkerbundes nahmen die
Vertreter der Großmächte England, Frankreich und Italien zu
dem polnischen Vorstoß in der Minderheitenfrage Stellung. Die
Sprecher der Großmächte haben sich zweifelsfrei vorher über
ihre Antwort verständigt, denn alle drei sagten inhaltlich
im großen daselbe.

Englands Außenminister Simon

eröffnete den Reigen. Er erklärte, Beck habe sich mit zwei
Fragen beschäftigt: 1. mit der Verallgemeinerung des Min-

derheitenschutzes und 2. mit der besonderen Lage Polen-
im Hinblick auf seine eigenen Minderheitenschutzverpflichtungen.
Hier handle es sich aber in Wirklichkeit um zwei völlig
verschiedene Fragen, die auch vertraglich ganz verschieden
gelagert seien. Es sei seine Pflicht, hier festzustellen, daß
die beiden Fragen völlig unabhängig voneinander seien.
Sir John Simon führte dann die wichtigsten Sätze der
Erklärung Beck an, insbesondere die Erklärung, daß Polen
vom heutigen Tage ab seine Mitarbeit an dem interna-
tionalen Garantiesystem ablehne. Simon ist sich nicht gan-
zar darüber, wie diese Sätze konkret zu verstehen seien.
Er müsse aber feststellen, daß sein Land die Minderheiten-
schutzverträge ebenso wie andere Mächte unterzeichnet hätte.
Aber auch Polen habe sie unterzeichnet.

Der Artikel 39 des Vertrages von Versailles könne nicht
einfach außer acht gelassen werden. Polen habe außerdem
auch noch eine gewisse Verfahrensordnung über die Art, wie
die Garantien ausgeführt werden sollen, unterzeichnet.
Kein Staat aber könne sich selbst von Verpflichtungen dieser
Art lösen. Auf jeden Fall sei dies eine Angelegenheit von
größter Bedeutung für die Völkerbund.

Er habe es für seine Pflicht gehalten, das festzustellen;
denn Stillschweigen würde die Mißverständnisse nur noch
vergrößert haben. Es folgte

Frankreichs Außenminister Barthou

der u. a. sagte: Da Frankreich ebenfalls Unterzeichner jenes
Vertrages ist und auf der damaligen Friedenskonferenz
den Vorstoß führte, halte ich es für eine Pflicht der Loyalität,
sich vollständig den Schlussfolgerungen Simons anzuschließen.
Ich fühle mich um so freier, das auszusprechen, als Frank-
reich, stark in seiner Einheit, niemals mehr von nahe noch
von ferne besondere Vorurteile bei der Prüfung der Min-
derheitenfrage hatte. Seit 15 Jahren haben keine Vertreter vor
dem Rat oder in den Ausschüssen des Rates sich nur durch
zwei Absichten leiten lassen: 1. das Recht der Bevölkerung
zu achten und 2. zu vermeiden, daß Mißbräuche, für die
auch die achtenswerten Rechte einen Vorwand liefern
können, den durch die Verträge vorgesehenen Schutz in ein
Instrument der politischen Einmischung in die Souveränität
der Staaten umzuwandeln können.

Frankreich bleibt daher im Rahmen seiner früheren
Haltung, wenn es die Frage, die jetzt in der Versammlung
gestellt ist, allein vom Gesichtspunkt der Achtung der Fried-
ensverträge aus betrachte. Es will sich nicht gegen irgend-
eine Möglichkeit der Veränderung wenden, deren Grundlag
in den Verträgen selbst enthalten ist; aber es glaubt nicht,
daß es einer einzelnen Macht zukommen kann, einseitig
solche Änderungen vorzunehmen und noch weniger Abgaben
zu treffen außerhalb des vorgesehenen Verfahrens und ohne
Verhandlungen mit den anderen Unterzeichnern des Ver-
trages. Frankreich will nicht glauben, daß der Erklärung,
die von Herrn Beck abgegeben wurde, ein beratiger Sinn ge-
geben werden muß.

Der polnische Außenminister hat zwei Fragen gestellt,
auf die er eine klare und unabweisende Antwort erwartet.
Er hätte dazu ein unbestreitbares Recht gehabt, trotz der
etwas aggressiven Form, die er gebraucht hat, wenn er nicht
damit Gefährdungen wäre, die Verallgemeinerung vor eine
Drohung oder selbst vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Ein derartiges Beispiel, dem andere Länder zu folgen
wünschen könnten, würde gleichzeitig die Autorität der Ver-
träge und das Mandat in Gefahr bringen, das sie dem
Völkerbund anvertraut haben. Frankreich, der Freund und
Alliierte Polens, kann nicht glauben, daß das Eingreifen
des Herrn Beck derartige Folgen nach sich ziehen kann. Es
glaubt, daß die Erklärung, sobald sie auf ihren richtigen
Sinn gebracht ist, die Unruhe der einen und die Verwirrung
der anderen wieder beseitigen wird.

So könnte die Initiative Polens sich mit der Achtung
vor den Verträgen und mit den in den Verträgen enthalte-
nen Bedingungen in Einklang bringen lassen, die die pol-
nische Nation freiwillig auf sich genommen hat, damals, als
sie die Unabhängigkeit wiedergewonnen hat.

Als dritter Redner zu dem Antrag des polnischen
Außenministers stellte sich

der Vertreter Italiens Molli

auf den Standpunkt, daß die Verträge so lange in Kraft
bleiben müßten, bis sie etwa durch eine Revision abgeän-
dert werden könnten. Polen habe in Wirklichkeit ein Re-
visionsproblem aufzuwerfen. Sein Land sei, wie man
wisse, das erste, das den Grundgedanken ausgesprochen habe,
daß die Verträge den veränderlichen Forderungen der Zeit an-
gepaßt werden müßten, weil dies das beste Mittel sei, um
den Frieden aufrechtzuerhalten. Italien habe gleichzeitig
aber immer betont, daß diese Anpassung sich auf legalen
Wege vollziehen müsse. Hieraus ergeben sich zwei Folgerun-
gen: 1. daß die bestehenden Verpflichtungen geschützt
werden müssen bis zu dem Augenblick, wo sie durch neue

verträge erlegt werden, 2. daß der Revolutionsgedanke ein Grundpfeiler von allgemeiner Bedeutung ist und nicht etwa unter besonderen Umständen den Erfahrungen entsprechend durchgeführt werden kann.

Wenn man so, Joseph Wollf, der Meinung ist, daß der Revolutionsgedanke bei der Frage, um die es sich handelt, angewandt werden kann, dann muß man gleichzeitig dieses Prinzip als auch für andere Fragen gültig anerkennen, die ebenfalls durch Verträge geregelt sind, die von den Friedenskonferenzen beschlossen wurden, und die in einem noch viel größeren Maße als nicht mehr der gegenwärtigen Lage entsprechend erscheinen können.

Genf erhofft polnischen Rückzug

Das Eingreifen der drei Großmächte in die Minderheitenfrage infolge der Erklärung des polnischen Außenministers wirkt in der Form, in der es zum Ausdruck kam, doch einigermaßen überraschend. Die Mißbilligung des polnischen Schrittes, allerdings mehr aus moralischen als aus praktischen und politischen Gesichtspunkten, war ganz offenkundig. Gleichzeitig war deutlich zu erkennen, daß man durch diese Erklärung den Polen eine Brücke bauen wollte, von der formellen Kündigung ihrer Mitarbeit beim Internationalen Minderheitenschutz wieder zurückzutreten und sich hier mit einer informellen praktischen Lösung zu begnügen. Offenbar besteht die Hoffnung, daß Polen in der politischen Kommission diese Brücke betreten wird.

Viel bemerkt wird in Genf bei der Erklärung Barthous deutlich zum Ausdruck kommende Furcht, daß die selbständige Kündigung eines Vertrages durch Polen gefährliche Rückwirkungen auf das ganze Vertragsgebäude haben könnte. Zweifellos wird ein starker Druck auf Polen ausgeübt werden, diese formelle Kündigung zu widerrufen, um dieser Gefahr zu begegnen.

Von polnischer Seite erklärt man, daß Polen keinen Grund habe, seine Stellung zu ändern. Aber erst die Verhandlungen in der sechsten Kommission werden endgültig zeigen, welche Regelung diese Streitfrage findet und ob Polen tatsächlich durchhält.

Eine Erklärung Warschau

Anlässlich der in Genf abgegebenen Erklärung des Außenministers Bed fand auf dem Viludbi-Platz in Warschau eine große Kundgebung der sozialen und Militärverbände statt, der sich ein Umzug durch die Hauptstraßen anschloß.

Zu der Genfer Erklärung Bed's schreibt die halbamtliche Astra-Agentur u. a.: Keine reale Forderung des Minderheitenschutzes wurde in Genf positiv und zum Wohle der Minderheit erlegt. Die polnische Verfassung vom 17. März 1921 enthält Bestimmungen, nach welchen die nationalen, konfessionellen und Rassenminderheiten mit den übrigen Staatsbürgern gleichgestellt werden. Diese Bestimmungen sind von der polnischen Regierung immer beachtet worden. Die polnische Regierung wird ihre Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten aus eigenem Willen weiterhin erfüllen. Der paradoxe rechtliche und praktische Zustand des gegenwärtigen Minderheitenschutzes ist durch Bed treffend gekennzeichnet und durchaus negativ beurteilt worden.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß darauf hingewiesen werden, daß sich die Erklärung Bed's auf eine Reihe zweiseitiger Verträge über den Minderheitenschutz nicht bezieht, die wie z. B. die Genfer Konvention weder der Souveränität noch dem nationalen Empfinden der Partner widersprechen.

Es bedarf keines Hinweises, daß das Auftreten Bed's der entschlossenen und endgültigen Entscheidung des polnischen Volkes entspricht, das seine Mitarbeit zur Schaffung gemeinsamer und gleicher Schutzbedingungen für die Minderheiten nicht verläßt. Unter keinen Umständen kann sich aber die polnische Regierung zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes verziehen.

Rußland am Ziel?

Frankreich erhofft baldige Aufnahme in den Völkerbund.

In Völkerbundsreisen glaubt man, daß die Bemerkungen des französischen Außenministers in der Russenfrage eine weitgehende Annäherung der verschiedenen Auffassungen zutage gebracht haben. Die Verhandlungen mit der Sowjetunion sollen, obwohl noch einige Fragen zu regeln sind, soweit fortgeschritten sein, daß im allgemeinen keine Zweifel mehr an der Aufnahme Russlands bestehen könnten. Die Franzosen hoffen, daß Mitte nächster Woche die Russen ihren Einzug in den Völkerbund halten können. Unklar ist noch, wie das Aufnahmeverfahren sich schließlich abwickeln wird.

Interessant ist die Feststellung des Pariser „Matin“, daß die russische Öffentlichkeit bisher überhaupt noch nichts von der Absicht ihrer Regierung, dem Völkerbund beizutreten, unternimmt. Die beiden großen amtlichen Moskauer Blätter „Dewjatschna“ und „Pravda“, aus denen alle anderen Zeitungen ihre Nachrichten schöpfen, haben jedenfalls bisher noch mit keinem Wort über die Verhandlungen in Genf berichtet. Das Pariser Blatt fügt hinzu, die Haltung der Sowjetregierung sei verständlich, denn die sowjetrussische Presse habe bisher den Völkerbund in der größten Weise beschimpft. Man warte daher ab. Wenn die Verhandlungen in Genf zum Abschluß kommen würden, dann werde die Presse einen Frontwechsel machen müssen, wenn aber nicht, so brauche sie nur in dem bisherigen Tone fortzufahren.

Frankreichs Daumenschrauben

Kritik an den Zollverhältnissen im Saargebiet.

Der Landesrat nahm zu der Abänderungsvorlage zur Umsatzsteuer und zur Verordnung über die Erhebung einer Schladabgabe Stellung. Für die Deutsche Front übte Abg. Becker scharfe Kritik an der im Saargebiet durch die schwächliche Passivität der Regierungskommission im Schlepptau der französischen Regierung geschaffenen Zollsituation. Da das Saargebiet nur einmal in die Daumenschrauben des französischen Zollregimes eingepreßt sei, bleibe nichts anderes übrig, als diese Gleichgültigkeit zu erwidern und den Vorlagen geordneten zuzustimmen, wenn auch mit verschiedenen Abänderungen und Zusätzen.

Diese beiden Vorlagen, der Ausdruck der steuerlichen Gleichgültigkeit des Saargebietes, zeigen, mit welchen geringen Hoffnungen man also die Entwicklung des eigenen landwirtschaftlichen Steuerwesens im Falle der Beibehaltung des Status quo schon heute beurteilen könne. Hinsichtlich der Steuererhebung befindet sich das Saargebiet sehr wahrscheinlich heute noch mehr als früher im Zustand einer völligen Abhängigkeit, um nicht zu sagen Hörigkeit von Frankreich.

Wenn also von einer kleinen Clique unter dem Gesichtspunkt der „Freiheit“ Propaganda für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes getrieben werde, dann gelte in steuerpolitischer Hinsicht dasselbe, was auf den verschiedenen anderen Lebensgebieten vorauszusetzen sei, daß Status quo und eigene Entwicklung und Status quo und Freiheit sich gegenseitig ausschließen.

Dank an den Arbeitsdienst

Der Reichsinnenminister an den Reichsarbeitsführer.

Reichsinnenminister Dr. Frick hat an den Reichsarbeitsführer Staatssekretär Hierl im Zusammenhang mit der Teilnahme des Arbeitsdienstes an den Parteiveranstaltungen in Nürnberg folgendes Dankschreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Zum ersten Male ist am 6. September 1934 der nationalsozialistische Arbeitsdienst im Rahmen eines Parteitagess an die große Öffentlichkeit getreten, und er hat es verstanden, sofort die Herzen nicht nur der Teilnehmer des Parteitages selbst sondern des ganzen deutschen Volkes zu gewinnen. Für Sie persönlich, Herr Staatssekretär, bedeutet der überwältigende Erfolg des großen Appells des nationalsozialistischen Ar-

beitsdienstes wie auch des Vorbereitendes vor dem Führer die schönste Anerkennung Ihrer unermüdlichen Mühen und fleißigen Arbeit.

Was Sie und Ihre Mitarbeiter in diesem einen Jahr geleistet haben, ist eine geschichtliche Tat und bietet die Gewähr, daß das Werk im Sinne des Führers vollendet wird. Der nationalsozialistische Arbeitsdienst ist schon heute die beste Erziehung zur Volksgemeinschaft, und wenn heute die nach dem Willen des Führers das ganze deutsche Volk durch diese Schule gegangen ist, dann werden Volksgemeinschaft und Nation ein- und dasselbe sein.

Als der für den Arbeitsdienst zuständige Reichsminister freue ich mich, Ihnen heute die wohlverdiente Anerkennung und den Dank des Vaterlandes für das bisher geleistete auszusprechen zu können, den ich auch allen Ihren Arbeitsmännern zu übermitteln bitte.

Heil Hitler!

gez. Frick, Reichsminister des Innern.

Erlaß des Reichsarbeitsführers

Reichsarbeitsführer Hierl hat an den nationalsozialistischen Arbeitsdienst folgenden Tagesbefehl erlassen:

„Arbeitsmänner! Die stolzen Tage von Nürnberg sind vorbei. Eure Leistungen haben die hohe Anerkennung des Führers gefunden; ihr habt unserem Führer eine tiefe innere, soziale Freude bereitet. Euer Auftreten hat dem nationalsozialistischen Arbeitsdienst die Herzen unserer Parteigenossen und Volksgenossen gewonnen und die Hochachtung fremder Beobachter erzwungen. Allen Kameraden, die zu diesem Erfolg beigetragen haben, drücke ich dankbar die Hand. Wir kehren nun in den Alltag zurück, um treu, still und bescheiden unsere Pflicht zu tun. Beim nächsten Parteitag aber wollen wir wieder Rechenschaft ablegen über unsere Leistungen und die Fortschritte zeigen, die wir erzielt haben.“

Baltenspott

Unterzeichnung in Genf.

Genf, 13. September.

Letland, Estland und Litauen haben in Genf einen Vertrag unterzeichnet, als dessen Zweck angegeben wird: Förderung der Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten und Begünstigung einer engeren Entente zwischen den baltischen Staaten, Aufrechterhaltung und Garantie des Friedens, Führung der auswärtigen Politik im Geiste des Völkerbundes.

Nach Artikel 1 verpflichten sich die drei Regierungen, sich über alle Fragen der auswärtigen Politik, die ein gemeinsames Interesse haben, zu verständigen und sich in ihren internationalen Beziehungen eine gegenseitige politische und diplomatische Unterstützung zu leisten. Wenigstens zweimal im Jahre sollen regelmäßig Konferenzen der Außenminister der drei Staaten stattfinden, und zwar abwechselnd auf dem Gebiet jedes der drei Staaten. Daneben können gegebenenfalls besondere Konferenzen einberufen werden.

Artikel 3 bestimmt: Die hohen völkerrechtlichen Probleme bestehen, die eine gemeinsame Haltung schwierig machen könnten. Sie kommen überein, daß diese Probleme hinsichtlich der im Artikel 1 dieses Vertrages eingegangenen Verpflichtungen eine Ausnahme darstellen.

Fragen, die Interessengegenstände zwischen den völkerrechtlichen Schranken können, sollen freundschaftlich und im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit geregelt werden. Vertrag mit anderen Staaten will man sich gegenseitig zur Kenntnis bringen.

Der Beitritt zu dem Vertrag steht weiteren Staaten offen, doch ist dazu die Zustimmung aller drei Länder erforderlich.

Der Vertrag, der in Kraft tritt, sobald die Ratifikationsurkunden in Riga niedergelegt sind, wird für einen Zeitraum von 10 Jahren geschlossen. Wenn er nicht ein Jahr vor Ablauf dieses Zeitraumes gekündigt worden ist, gilt er als stillschweigend verlängert, um wiederum ein Jahr nach seiner Kündigung durch eine der Parteien zu erlöschen.

Ein Zittern geht durch die Gestalt, aber sie bewegt sich nicht.

Der Mechanismus ist unbrauchbar, das stellt Oberst Wilms fest.

Er verläßt die Automatenfabrikation und ihren Mechaniker und sucht wieder Jentins auf.

„Ich habe eben mit Morris gesprochen. Die Vermutung mit dem Dger ist natürlich Unfuss. Eine Sinnesstörung. Immerhin ... irgendeine Gestalt muß den Korridor entlang gegangen sein. Die Jofe Mary wird von allen als zuverlässiges, vernünftiges Mädchen bezeichnet. Eine Gestalt, die dem Neutonen nach dem Dger abnete, muß sich dem Mädchen gezeigt haben, sonst wären ihr entsetzlicher Schreck und wahnsinnige Angst unbegründet.“

„Frauen haben oft hysterische Anlagen.“ warf Jentins ein.

„Das leugne ich nicht, aber es muß immer etwas da sein, was diese Hysterie auslöst. Lassen wir zusammen: Es ist jemand bei Wistress Boulton gewesen und hat sie getötet.“

„Das muß angenommen werden. Wistress will ja auch so etwas wie Schritte gehört haben. Dieser Unbekannte — sagen wir X — hat Wistress Boulton getötet. Aber wie? Die Untersuchung ergibt starke Einnäherung von Strahlen, Röntgenstrahlen oder Radiumstrahlen. Beide können tödlich sein. Das eine also ist klar, der Unbekannte tötete die wahrscheinlich infolge durch eine ungeheuerlich grauenhafte Wunde erschreckte Frau mittels dieser Strahlen. hm! Finden Sie nicht, daß es sich der Täter recht kompliziert gemacht hat?“

„Vielleicht hat er vermutet, daß die ärztliche Wissenschaft Fehlschlag annehmen und man von einer Sezierung absehen würde.“

„Das ist möglich. Oberst. Aber nun weiter. Wir haben nicht die kleinste Spur von jenem geheimnisvollen Besucher. Wurden alle Zimmer dieses Korridors von Ihnen noch in der Nacht untersucht?“

„Ja! Die Untersuchung ergab aber nicht den geringsten Anhaltspunkt.“

„Und der Seitenflügel?“

„Ich unbewohnt. Da befinden sich die Sammlungen des verstorbenen Barons Torsten, die Wistress Boulton übernommen hat. Die Säle waren alle verriegelt und nirgends fand sich eine Spur. Es ist ganz seltsam! Jemand muß doch der Mörder verschunden sein. Haben die Säle mit den Sammlungen vielleicht noch geheime Ausgänge?“

„Nein!“

(Fortsetzung folgt.)

Wolfgang Markens

Parallel von Torsten

VERLEGER-RECHTSSCHUTZ-VERLAG Oskar Meister, Weidenau

(12. Fortsetzung.)

„Ich glaube, das ist nicht nötig, Sir. Ich werde auf Grund meiner Ergebnisse auf Torsten einen Bericht schreiben.“

„Gut, tun Sie das! Wie hat man Sie gestern aufgenommen?“

„Ausgezeichnet, Sir, aber das schlimmste Ereignis hat sich wie ein Schatten auf den schönen Abend gelegt.“

„Was es ausmacht, wenn man Besitzer einer ganzen Stadt wird.“

„Ich besitze Rodettshill nicht mehr. Ich habe die Stadt an Wistress Boulton verkauft.“

„Verkauft an Boulton? Hoffentlich gut.“

„Ja, dank! Es ist eine ... mährchenhafte Summe.“

„Ah ...! Nun, ich hoffe, daß Sie sich jetzt als reicher Mann nicht selbständig und uns Konkurrenz machen werden.“

„Keine Sorge, Sir! Ich denke nicht daran. Wenn es Ihnen recht ist, bleibe ich in der Redaktion.“

„Bread reichte ihm die Hand.“

„Sie sind ein guter ... und anständiger Junge, Tom!“

„Danke, Sir! Im übrigen ... so toll ist's natürlich nicht mit dem Kaufpreis, wie Sie vielleicht denken.“

„Na, na, wenn Boulton etwas kauft, dann weiß er warum, und hat sicher gut bezahlt!“

„Gut bezahlt? Das bestimmt! Ich kam mir bei dem Abdruck wie ein halber Betrüger vor.“

„Als ob sich ein Boulton betrügen ließe!“

Tom Hallifax schreibt den Bericht und er wandert gleich zur Schreibmaschine. Groß darüber setzt man als Schlagzeile:

Das Rätsel von Torsten.

Der Artikel erregt in der Nachmittagsausgabe des „Sportbeobachters“ eine Sensation ohnegleichen.

Europa-Rundflug 1934

Die Flieger wieder in Warschau.

Die noch im Wettbewerb befindlichen Europa-Flieger haben ihren Streckenflug beendet. Am Freitagmorgen wurde die letzte große Tagesetappe von Prag über Rastow, Lemberg, Wilna, Grodno nach dem Ausgangspunkt Warschau durchflogen. 1615 Kilometer waren noch zurückzulegen.

Der Start in Prag, wo die Piloten von 20 Maschinen auf dem Flughafen Kbely übernahmen, erfolgte in ganz kurzen Abständen von mitunter nicht einmal einer Minute. Um 5.43 Uhr hob als erster die Maschine von Wolf Hirth. Schon 14 Stunden später erfolgte die Landung in Rastow, wo sich zum Empfang die Spitzen der städtischen und staatlichen Behörden sowie der Wojewodschaft eingefunden hatten. Die deutschen Teilnehmer wurden von Generalmajor Dr. Noebeck begrüßt. Als erster landete um 7.22 Uhr der Pole Wlodarkiewicz, der auf dem Streckenflug fast ständig an der Spitze des Feldes gehende hatte. Und anschließend trafen auch die übrigen 19 Maschinen ein. Nach kurzem Aufenthalt ging es aber sofort weiter.

Aus Lemberg wird eine Notlandung von Wlodarkiewicz gemeldet, bei dem Gedond und Duzinski als erster Rastow verlassen hatte und in der Nähe von Lemberg bei Siemina niedergehen mußte. Um 9.17 Uhr wurde Lemberg von Gedond angefliegen, der somit Spitzenreiter geworden ist. Nach Duzinski wurden dann in nur kurzen Abständen vier deutsche Flieger in Lemberg beurlaubt, und zwar Rajewski, Seidemann, Bayer und Hubrich (9.46 Uhr). Gedond flog ohne langen Aufenthalt gleich weiter, um als erster vor seinen Kameraden wieder in der Heimat empfangen zu werden. Der in der Gesamtwertung führende Pole Bajon befruchtete sich lediglich darauf, die Bedingungen zu erfüllen, und machte die Hejraga der vorderen Leute nicht mit, um seine Maschine nicht zu überanstrengen. Auch die Nachzügler Mund und Franke sind wieder dabei.

Schon kurz nach 14 Uhr konnten die ersten Piloten das Ziel des Europa-Rundfluges, Warschau, erreichen. Etwa 50 000 Menschen hatten sich zum Empfang der Teilnehmer dieses Langstreckenfluges auf dem Flughafen Motolow eingefunden. Zu ihrer Freude erhielten der Pole Gedond um 14.20 Uhr als erster. Der Jübel der Massen wollte kein Ende nehmen. 10 Minuten später traf der Deutsche Rajewski ein, der gleichfalls stürmisch begrüßt wurde. Der deutsche Gedond ließ sich nicht nehmen, ihn persönlich zu begrüßen und ihn zu seinem erfolgreichen Flug zu beglückwünschen.

Dem deutschen Spitzenflieger folgten in kurzen Abständen die übrigen deutschen Wettbewerbsteilnehmer, so daß insgesamt acht deutsche Flieger das schwere Rennen glücklich beendet haben.

Harter Endkampf zwischen Deutschland und Polen

Die Gesamtlage des Wettbewerbes ergibt augenblicklich folgendes Bild: Der Pole Bajon führt mit großem Punktvorsprung aus dem technischen Wettbewerb noch immer das Feld der Europafieger an. Der Deutsche Seidemann und sein Stallgenosse Hubrich sind ihm dicht auf den Fersen. Beide haben auf der gesamten Strecke des Rundfluges und besonders in Afrika hohe Geschwindigkeiten erreichen können. Wie weit sie an die außerordentliche Leistung des Polen Bajon heranreichen, wird erst die endgültige Errechnung der Durchschnittsgeschwindigkeiten ergeben.

Auf jeden Fall steht fest, daß für den endgültigen Verlauf des Wettbewerbes ein harter Kampf zwischen Deutschland und Polen eingeleitet hat. Der am Sonntag in Warschau zur Austragung gelangende Geschwindigkeitswettbewerb wird zeigen müssen, wer endgültig als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgeht.

Im Zeppelin zu den Autobahnen

Besichtigungsfahrt des Internationalen Straßenbaufestfests.

Frankfurt a. M., 14. September. Das Luftschiff „Graff Zeppelin“ unternahm unter Führung von Dr. Edener für die Teilnehmer am Internationalen Straßenbaufest eine Besichtigungsfahrt zu den Reichsautobahnen.

An der Fahrt nahmen 27 Fahrgäste teil, unter ihnen der Generalinspektor für das deutsche Straßenbauwesen, Dr. Loh, ferner Vertreter des Reichsluftfahrtministeriums. Die Fahrt ging zunächst nach Frankfurt a. M., wo eine Zwischenlandung vorgenommen wurde. Rheinabwärts flog das Luftschiff dann über Köln nach der Baustelle Buer der

Reichsautobahnstraße Vintorf-Dortmund. In allen deutschen Städten und Dörfern, die das Luftschiff überflog, wurde es mit jubelnder Begeisterung begrüßt. Nachmittags gegen 5.30 Uhr erfolgte in Frankfurt a. M. eine neue Zwischenlandung zum Passagierwechsel. Abends kehrte das Luftschiff programmgemäß zu seinem Heimatort zurück.

Öktpakt gescheitert?

Auch Polen und die baltischen Staaten wollen ablehnen.

London, 14. September.

Der in der Regel gutunterrichtete politische Mitarbeiter des Londoner „Daily Telegraph“ meldet, Polen habe endgültig beschlossen, sich an dem osteuropäischen Pakt für gegenseitigen Beistand nicht zu beteiligen. In der Meldung heißt es ferner, die kleinen baltischen Länder hätten ihre Beteiligung von der Teilnahme Deutschlands und Polens abhängig gemacht.

Es ist daher so gut wie gewiß, daß Estland, Lettland und Litauen unter den jetzigen Umständen ebenfalls die Vorteile für diesen Pakt verwerfen werden, und diese Gewissheit wird noch erhöht durch die Senker Meldung über den Abbruch des Baltischen Pakts. Von den Teilnehmern, die in Aussicht genommen waren, bleiben also nur noch Frankreich, Sowjetrußland und die Tschechoslowakei übrig.

Da England darauf beharrt, daß ein osteuropäischer Pakt gegenseitige Garantien für Deutschland enthalten muß, ist es unwahrscheinlich, daß eine britische Zustimmung zu irgendeiner Vereinbarung zu erlangen sein wird, die diese Länder jetzt vielleicht untereinander schließen würden.

Aufrichtige Verständigung

Eine Rede des Reichsaussenministers

Auf der Tagung des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart hielt Reichsaussenminister Freiherr von Neurath eine Rede, in der er u. a. erklärte: Wir Deutschen im Reich haben es gegenüber unseren Brüdern und Schwägern im Ausland verhältnismäßig sehr leicht. Wir sind seit dem großen Umbruch des vorigen Jahres ein innerlich geschlossenes, fest gefügtes, von einem einheitlichen Willen befehltes Volk, das unter der starken Führung seines Führers und Reichszanlers Adolf Hitler steht. Die Tage von Nürnberg, die Jacoben verflungen sind, haben uns und aller Welt hierfür wieder einen erhellenden Beweis erbracht.

Gewiß ist dem deutschen Volk und Reich keine Behauptung inmitten fremder Völker und Staaten keineswegs leicht gemacht. Aber wir können die großen außenpolitischen Aufgaben, die uns bevorstehen, wagen, in dem sicheren Bewußtsein, daß die Erhaltung unserer völkischen Eigenart nicht bedroht ist und daß sie uns niemand nehmen kann.

Das deutsche Volk will jedenfalls nichts anderes als dies: mit fremden Staaten in Frieden leben und mit fremden Völkern friedliche und freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Die besonderen Methoden der Friedenssicherung, wie sie gerade jetzt von gewissen Regierungen empfohlen und versucht werden, können wir freilich nicht gutheißen. Gerade weil wir den Frieden wollen, können wir nicht komplizierten und bedenklichen Vertragssystemen zu dem Krieg gegen den Krieg vorbereiten wollen, und nach unserer Ansicht nicht zur Entfaltung der Tag beitragen. Was wir wünschen und anstreben, ist die aufrichtige Verständigung von Staat zu Staat, ohne Bündnis und Bündnisgruppen, die offene Aussprache über entgegenstehende Interessen und der Vergleich solcher Interessen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und der Gleichberechtigung.

Wenn wir heute die große Idee des deutschen Volkstums feiern, richten sich unsere Gedanken von selbst auf die Frage, die jetzt in besonderer Weise das ganze deutsche Volk bewegt und in naher Zeit zur Entscheidung kommen wird:

Die Saatzfrage

Künstlich durch den Versailler Vertrag geschaffen hat sie 15 Jahre ferndeutsche Volksgenossen äußerlich von uns getrennt und zugleich die politischen Beziehungen zu unserem westlichen Nachbar belastet. Der bevorstehenden Neuordnung dieses Zustandes sehen wir mit ruhiger Zuversicht entgegen, ist doch die Entscheidung in die Hände der Bevölkerung selbst

gelegt, die am 13. Januar die einfache Tafel des belandeten wird, daß sie deutsch ist.

Gewiß wird noch eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Beendigung des gegenwärtigen Saatzregimes zu regeln sein. Aber es sind lediglich Fragen, die das politische Grundproblem und dessen Lösung nicht berühren und zu Schwierigkeiten schon deshalb nicht führen dürfen, weil der Vertrag selbst die klaren Richtlinien für die Regelung enthält. Um Grund der Ablehnung unserer treulichen Saarabstimmung und in Ausführung der vertraglichen Bestimmungen wird zu Beginn des nächsten Jahres das Saargebiet ohne Beschränkungen der deutschen Staatsräktil, für die der Vertrag keine Handhabe bietet, mit dem Vaterland wieder vereinigt werden.

Im Rahmen des großen Befehls unseres Volkes leistet das Deutsche Auslands-Institut wertvolle Dienste. Ich beglückwünsche das Institut zu seinen bisherigen Leistungen. Möge es auch in Zukunft seine Tätigkeit in einem starken und friedliebenden, auf seine deutsche Kultur stolzen und innerlich geschlossenen Volk und für ein solches Volk entfalten.

Ehrung des Führers

Im Namen der Reichsregierung und im Auftrag des Reichsinnenministers Dr. Frick sprach Staatssekretär Dr. Pfundtner, der das Institut besonders dazu beglückwünschte, daß ihm Adolf Hitler die Ehre erwiesen habe, den „Deutschen Ring“ anzunehmen. Die Reichsregierung und der Reichsinnenminister würden die wertvolle Arbeit des Instituts auch in Zukunft unterstützen und fördern.

Ein italienischer Vorschlag

Garantierung der österreichischen Unabhängigkeit?

London, 14. September.

Wie nach einer Reuter-Meldung verlautet, erwägen die Großmächte auf Veranlassung Italiens einen Vorschlag, nach dem die Großmächte die Nachbarstaaten Österreichs zur Unterzeichnung eines Paktes einladen, in dem sie sich zur Nicht-einmischung in österreichische Angelegenheiten verpflichten. Deutschland würde natürlich zur Beteiligung an dem Pakt eingeladen werden.

Von der deutschen Antwort würde es abhängen, welche Maßnahmen die in Frage kommenden Staaten später ergreifen würden. Bundeskanzler Schulzinger ist bei Sir John Simon, Baribus und Baron Alois gewesen. Zehrer hatte eine lange Unterredung mit Sir John Simon.

Tagesbefehl an die SA

Der Abschluß des Reichsparteitages.

Der Chef des Stabes, Luge, hat folgenden Tagesbefehl an die SA. erlassen:

Nach den erhabenden Tagen von Nürnberg danke ich allen SA-Führern und -Männern, vor allem aber auch dem Aufmarschstab und Feldjägerkommando, für ihre Leistung und Hingabe.

Nürnberg war die Konzentration unseres Willens und Glaubens, eine unergleichenbare Demonstration des gesamten nationalsozialistischen Deutschlands.

Darüber hinaus aber waren die Tage von Nürnberg Beweis und Zeugnis für die Disziplin, den Opfergeist und die prächtige Dienstauffassung der SA.

Sie hat ihre Leistung gezeigt beim Appell, den beiden großen Märschen, draußen im Feldlager und bei den Fahrten in die Stadt der Parteitage. Besondere Anerkennung verdient die Leistung, weil organisatorische umfangreiche Vorarbeiten in kürzester Zeit infolge der Ereignisse des 30. Juni vollbracht werden mußten und der neue Stab erst wenige Wochen in Tätigkeit steht.

Wie in Nürnberg die SA. Schuler an Schuler stand und marschierte mit den übrigen Organisationen der Partei, so wollen wir in gleicher Kraft und Hingabe, im gleichen Willen und gleicher Disziplin die Aufgabe lösen für die Zukunft, unsere Körper stählen in Sport und Märschen, unsere Seele und unsere Herzen und unsere Gedanken aber schulen im Geiste des Nationalsozialismus.

Wir wollen und müssen in unserer SA. vorbildlich werden und bleiben für unseres ganzen deutschen Volkes Söhne. gez. Luge, Chef des Stabes.

Strommännchen spricht:

Laß mich linnen...



Vir Sinn! Wer Sinn!

Nutzt die Elektrizität!

Das Haus am Blaubach Nr. 330 ist entweder als Einfamilienhaus oder umgebaut in ein Dreifamilienhaus zu günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen oder zu vermieten.

Näheres Heßische Heimstätte G.m.b.H., Kassel.

Compl. Einrichtung einer

Deutschen-Fabrik

zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 11934

an den Verlag ds. Ztg.

an den Verlag ds. Ztg.

Geld

für Jedermann und für jeden Zweck. Anfragen mit Rückporto unter Nr. 159 an diese Zeitung.

Verkaufe billig gut erhaltenen

Kleiderschrank

Wo? sagt die Exped. d. Ztg.

Mehrere gebrauchte Hand- u. Tretnähmaschinen u. einige neue

auf die schon größere Anzahlungen geliefert sind, preiswert abzugeben.

Postkarte genügt zur unverbindlichen Vorführung.

Wiedl, Spangenberg.

Vertreter der Singer-Nähmaschinen

4-5 Zimmer

Wohnung

sofort zu vermieten.

Wo, sagt der Verlag ds. Ztg.

Staatl. geprüfte

Gefang- u. Klavier-

Lehrerin

beabsichtigt hier Unterricht

zu erteilen. Angebote unter Nr. 169 an ds. Ztg.

Ankauf

alter Autos zur Verwertung

von Auto-Ersatzteilen aller Art. Maschinen, Lichtmaschinen, Edelsteinmaterial usw.

Komplette Chassis für Verbezug.

Kasseler Autoverwertung

2. Bachmann Kassel, Leipzigerstraße 216. Telefon 2319.

Mehrere Bienenstöcke

zu verkaufen

Konrad Angersbach

Obergasse.

Inseriert!

Merztlicher Sonntagsdienst

Sonntag, den 16. September Dr. med. Koch

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 16. September 1934.

16. Sonntag nach Trinitatis

Gottesdienst in: Spangenberg.

Vormittags 10 1/2 Uhr: Pfarrer Höhnndorf Elbersdorf.

Vormittags 9 Uhr: Pfarrer Höhnndorf Schnellrode.

Vormittags 10 Uhr: Lesegottesdienst Landfeld.

Vormittags 8 Uhr: Pfarrer Vollenand.

9 Uhr: Moderbe.

11 Uhr: Weidelbach.

1 Uhr: Wilschroder.

Freitagabend 8 Uhr Evangl. Jug. Schat (Chorlingen)

Sonntag. Kreisfest der evangl. Kirche

Klipps Kaffee

H. Mohr.

Sonntag, den 16. September 1934.

16. Sonntag nach Trinitatis

Gottesdienst in: Spangenberg.

Vormittags 10 1/2 Uhr: Pfarrer Höhnndorf Elbersdorf.

Vormittags 9 Uhr: Pfarrer Höhnndorf Schnellrode.

Vormittags 10 Uhr: Lesegottesdienst Landfeld.

Vormittags 8 Uhr: Pfarrer Vollenand.

9 Uhr: Moderbe.

11 Uhr: Weidelbach.

1 Uhr: Wilschroder.

Freitagabend 8 Uhr Evangl. Jug. Schat (Chorlingen)

Sonntag. Kreisfest der evangl. Kirche

Sonntag, den 16. September 1934.

16. Sonntag nach Trinitatis

Gottesdienst in: Spangenberg.

Vormittags 10 1/2 Uhr: Pfarrer Höhnndorf Elbersdorf.

Vormittags 9 Uhr: Pfarrer Höhnndorf Schnellrode.

Vormittags 10 Uhr: Lesegottesdienst Landfeld.

Vormittags 8 Uhr: Pfarrer Vollenand.

9 Uhr: Moderbe.

11 Uhr: Weidelbach.

1 Uhr: Wilschroder.

Freitagabend 8 Uhr Evangl. Jug. Schat (Chorlingen)

Sonntag. Kreisfest der evangl. Kirche